



Nr. 37

21. Oktober 2021

Inhalt

Einkommensrunde 2021

[Landesdienst: Polizei und Verwaltung protestieren](#)

Einkommensrunde 2021

[Hessen: Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst](#)

Ideencampus „Extrem menschlich“

[Entschlossen gegen staatsfeindliche Tendenzen vorgehen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

[Amtsangemessene Alimentation: Nachbesserung am Gesetz gefordert](#)

Berlin

[Anhebung der Altersgrenzen für Beamtinnen und Beamten geplant](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Sondierungen: Positive Bewertung für sozialpolitische Eckpunkte](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb



Einkommensrunde 2021

Landesdienst: Polizei und Verwaltung protestieren

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder setzen ihre Proteste für höhere Einkommen fort. Aktionsschwerpunkte sind in dieser Woche die Polizei und die Verwaltung.

Am 19. Oktober 2021 beteiligten sich Mitglieder der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) bundesweit an über 20 Standorten an den Aktionen. In Berlin machte dbb Tarifchef Volker Geyer deutlich: „Die Kolleginnen und Kollegen haben genug von der Selbstverständlichkeit, mit der die Arbeitgeber davon ausgehen, dass die Polizeibeschäftigten Tag und Nacht vollen Einsatz bringen und dabei immer mehr Plusstunden anhäufen. Unsere Kolleginnen und Kollegen zeigen heute bundesweit, dass sie sich das nicht länger gefallen lassen. Jetzt müssen Taten der Arbeitgeber folgen!“

Die konstant hohe Belastung der Beschäftigten müsse durch ordentliche Entgelterhöhungen ausgeglichen werden. „Mit der Aussicht auf Überlastung und zu geringe Bezahlung kann der dringend notwendige Nachwuchs nämlich nicht gewonnen werden. Die jungen Leute entscheiden sich dann einfach für andere Arbeitgeber“, unterstrich Geyer. Die Beschäftigten machten außerdem deutlich, dass sie die Gegenforderung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Verschlechterungen bei der Eingruppierung vorzunehmen, klar ablehnen. Stattdessen müsse in gutes Personal und zeitgemäße Ausstattung der Dienststellen investiert werden.

Edmund Schuler, Bundestarifbeauftragter der DPoIG (www.dpolg.de), ergänzte: „In dieser Einkommensrunde müssen die Arbeitgeber liefern. Die Beschäftigten erwarten zurecht, dass die Polizei jetzt zukunftsfähig aufgestellt wird. Die Personalausstattung muss sich dauerhaft verbessern. Und wir müssen eine Digitalisierungsinitiative starten, damit die Polizeibehörden nicht den Anschluss verlieren.“

Am 21. Oktober 2021 zeigten dann bundesweit Mitglieder der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (www.dvgbund.de) bei einem Aktionstag ihren Unmut über die TdL. Der DVG Bundesvorsitzende Ulrich Stock sagte: „Die Arbeitgeberseite mauert und will damit ihre Überlegenheit beweisen will.“ Die damit verknüpfte Botschaft, die Beschäftigten hätten geduldig zu warten, bis die TdL zum Verhandeln bereit ist, zeuge von geringem Respekt gegenüber dem Tarifpartner. „Ich warne allerdings davor, den Bogen zu überspannen. Unsere Geduld ist schon bald am Ende. Wir erwarten beim nächsten Zusammentreffen ein Angebot von der TdL, das diesen Namen auch verdient.“

Bereits in der Vorwoche hatten verschiedene Berufsgruppen solche Branchen-Aktionstage durchgeführt, um auf die Bedeutung ihrer Arbeit hinzuweisen – und die Probleme, die in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes bestehen.

Hintergrund:

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern für die Beschäftigten der Länder unter anderem eine Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 5 Prozent, mindestens um 150 Euro monatlich (im Gesundheitswesen mindestens 300 Euro) sowie eine Erhöhung der Azubi-/Studierenden/Praktikantinnen/Praktikanten-Entgelte um 100 Euro. Von den Verhandlungen betroffen sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen, das eigene Verhandlungen führt), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen. Die zweite und dritte Verhandlungsrunde finden am 1./2. November 2021 und am 27./28. November 2021 in Potsdam statt.



Einkommensrunde 2021

Hessen: Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst

Der dbb und das Land Hessen haben sich auf einen Tarifabschluss geeinigt. Damit steigen die Einkommen um insgesamt mehr als 4 Prozent. Das Land wird außerdem ein modernerer Arbeitgeber.

„Insgesamt ist das mit Blick auf die Einkommen ein sehr ordentlicher Kompromiss“, sagte dbb Tarifchef und Verhandlungsführer Volker Geyer nach der Einigung am 15. Oktober 2021. „Die eigentliche Stärke bei diesem Tarifabschluss liegt aber in den zahlreichen strukturellen Verbesserungen, die den öffentlichen Dienst auf allen Ebenen attraktiver für Nachwuchs- und Fachkräfte machen und damit neue Perspektiven schaffen.“ Konkret steigen die Einkommen zum 1. August 2022 um 2,2 Prozent und ein Jahr später nochmal um 1,8 Prozent (mindestens aber 65 Euro). Auszubildende erhalten zu diesen Zeitpunkten jeweils 35 Euro mehr. Für ihre Leistung erhalten die Beschäftigten außerdem in diesem und im nächsten Jahr jeweils eine Sonderzahlung in Höhe von 500 Euro (steuer- und abgabenfrei; Auszubildende: 250 Euro). Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 28 Monate.

Zu den strukturellen Neuheiten gehört unter anderem ein verbindlicher Anspruch der Beschäftigten auf Qualifizierung. Die Möglichkeiten für mobiles Arbeiten werden ausgebaut und erste Optionen zur Umwandlung von Entgelt in Freizeit geschaffen. Für eine verbesserte Familienfreundlichkeit gibt es künftig einen Anspruch auf Freistellung von 20 Prozent der Arbeitszeit in den ersten 8 Wochen nach der Geburt eines Kindes für den nicht-gebären-

den Elternteil. Auszubildende mit der Abschlussnote „Befriedigend“ oder besser werden unbefristet übernommen. Eingeführt werden zudem beschleunigte Aufstiegsmöglichkeiten für neu eingestellte Beschäftigte (neue Entgeltstufen 1a und 1b), insbesondere für selbst ausgebildete Nachwuchskräfte (zukünftig Übernahme in Entgeltstufe 2). Für Führungskräfte wurden zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen (Einführung Entgeltgruppe 16). Die 2017 eingeführten Regelungen zum „Landesticket“ für den Öffentlichen Personennahverkehr werden verlängert.

„Neben dem sehr respektablen Tarifabschluss ist für uns von entscheidender Bedeutung, dass die linearen Erhöhungsschritte in den kommenden beiden Jahren auf die Besoldung und Versorgung übertragen werden und die Beamtinnen und Beamten auch die verdienten Sonderzahlungen bekommen. Das hat uns Innenminister Peter Beuth heute fest zugesagt“, sagte Heini Schmitt, der Vorsitzende des dbb Hessen. „Insgesamt haben wir damit zwar nicht alle unsere Ziele erreicht, aber für die heutigen und zukünftigen Beschäftigten im hessischen Landesdienst doch sehr deutliche Verbesserungen erzielt.“

Die Details zum Tarifabschluss gibt es unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Ideencampus „Extrem menschlich“

Entschlossen gegen staatsfeindliche Tendenzen vorgehen

Der dbb und die dbb jugend fordern mehr Engagement im Kampf gegen extremistische Tendenzen in Staat und Gesellschaft. Wirkungsvolle Prävention muss bei der politischen Bildung ansetzen.

„Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, das es mit allen Mitteln zu verteidigen gilt. Doch wer mit extremistischen Äußerungen und Taten unsere freiheitlich demokratische Grundordnung in Frage stellt, ist im öffentlichen Dienst fehl am Platz“, betonte dbb Chef Ulrich Silberbach zum Auftakt des dbb jugend Ideencampus

„Extrem menschlich“ am 21. Oktober 2021 in Berlin. Gerade der öffentliche Dienst als größter Arbeitgeber Deutschlands müsse eine Vorreiterrolle hinsichtlich Eindämmung und Bekämpfung demokratiefeindlicher Tendenzen übernehmen. „Die Dienstherren und Arbeitgebenden müssen die Rahmenbedingungen für



wirksame Extremismusprävention schaffen. Das erwarten die Kolleginnen und Kollegen“, machte Silberbach deutlich.

Zu Verantwortung gehöre aber auch, Extremismus als gesamtgesellschaftliches Problem anzuerkennen. „Im Zeitalter von ‚hate speech‘ und ‚fake news‘ brauchen wir eine sachliche und fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema Extremismus. Umso wichtiger ist es, genau hinzusehen und über die Gefahren aufzuklären, die von extremistischen Strömungen und ihren Akteurinnen und Akteuren für unser gesellschaftliches Zusammenleben ausgehen“, so der dbb Chef.

Auch dbb jugend Vorsitzende Karoline Herrmann zeigte sich besorgt angesichts zunehmender extremistischer Gewalttaten. „In seinem Jahresbericht hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz bereits im Sommer eindrucksvoll aufgezeigt, wie rasant sich Extremismus im Schatten der Pandemie entwickelt hat – und welche Kräfte weiterhin die Demokratie in Deutschland bedrohen. Von der künftigen Regierung erwarten wir, dass sie sich für eine solidarische Gesellschaft einsetzt – und zwar aus tiefster Überzeugung. Extremismus – egal welchen Ursprungs – schadet uns allen.“

Deshalb müssen wir jeglicher extremistischen Tendenz den Nährboden nehmen.“

Dafür sei es notwendig, neben der Stärkung der sozialen Sicherungssysteme auch für Chancengleichheit in der Bildung und gute berufliche Perspektiven für junge Erwachsene zu sorgen. „Die politische Bildung in den Schulen muss gestärkt werden – mit wirkungsvollen Unterrichtskonzepten, finanzieller Ausstattung, geschultem Personal und entsprechenden zeitlichen Freiräumen im Unterricht. Schneller geht es, wenn wir den Jugendlichen mehr Teilhabe an politischen Prozessen und Entscheidungen geben. Am besten funktioniert das über das Wahlrecht ab 16“, forderte Herrmann.

Hintergrund

Beim Ideencampus „Extrem menschlich“ der dbb jugend steht die Frage der Extremismusbekämpfung im Mittelpunkt. Über wirkungsvolle Präventionsmaßnahmen diskutieren junge Beschäftigte aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes gemeinsam mit Expertinnen und Experten der Extremismusforschung, Bundestagsabgeordneten sowie Vertreterinnen und Vertretern parteipolitischer Jugendorganisationen im dbb forum berlin.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

Amtsangemessene Alimentation: Nachbesserung am Gesetz gefordert

Auf der 60. Sitzung des Thüringer Landtages vom 20. bis 22. Oktober 2021 steht ein neues Besoldungsgesetz auf der Tagesordnung. Der tbb hatte den Gesetzentwurf zuletzt immer wieder scharf kritisiert, weil damit keine verfassungsgemäße amtsangemessene Alimentation erreicht werde.

Am 19. Oktober hat der tbb die Landesregierung nun erneut aufgefordert, einen verfassungsgemäßen Besoldungsgesetzentwurf in den Thüringer Landtag einzubringen oder den bisherigen deutlich nachzubessern. Der tbb Landeshauptvorstand, nach dem alle fünf Jahre stattfindenden Gewerkschaftstag das höchste Beschlussgremium des dbb Landesbundes, verabschiedete eine entsprechende Resolution.

Der Vorsitzende des tbb Frank Schönborn bekräftigte die Sichtweise des tbb: Konkret habe es das Land seit 2008 versäumt, seiner gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen und

eine Besoldung zu gewähren, die in allen Fällen zumindest einen ausreichenden Abstand zur Grundsicherung ausweist. Der Verstoß sei auch nicht geringfügig, sondern verletzt den Abstand zur Grundsicherung in der Spitze um rund 20 Prozent. Mehr als ein Drittel aller Besoldungsgruppen seien betroffen.

Seit 2015 sei zudem das Abstandsgebot der Besoldungsgruppen des mittleren Dienstes, des gehobenen Dienstes sowie des höheren Dienstes zur untersten Besoldungsgruppe (bis 2015 der einfache Dienst) deutlich verletzt. Zudem bestehe in Thüringen eine deutliche Abweichung der Besoldungsentwicklung von der



Entwicklung des Nominallohnindex als ein weiteres Indiz für eine evidente Missachtung des Alimentationsgebotes. Im Ergebnis zeige sich, dass für alle Besoldungsgruppen in allen Zeiträumen seit 2008 der Wert, den das BVerfG als Grenze definiert, deutlich überschritten wird.

Der aktuell von der Landesregierung vorliegende Gesetzentwurf sehe – soweit die in ihm gefassten Regelungen überhaupt verfassungs-

gemäß sind – nur eine wenn überhaupt betragsmäßig bei einer vierköpfigen Beamtenfamilie „gerade so“ nicht evident unzureichende Alimentation vor. Bislang sei die Landesregierung zudem nicht bereit, die selbst erkannte Notwendigkeit einer Evaluation des Besoldungsgesetzes im Gesetzentwurf schriftlich zu fixieren. Damit würden sowohl das Rechtsstaatsprinzip als auch das dem Staat als Dienstherr treffende Fürsorgeprinzip in eklatanter Weise ignoriert.

Berlin

Anhebung der Altersgrenzen für Beamtinnen und Beamten geplant

Bei den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grünen und Linken in Berlin steht eine Anhebung der Altersgrenzen für Beamtinnen und Beamten auf der Agenda. Da berichtete die „B.Z.“ am 20. Oktober 2021. Der dbb berlin lehnt die Pläne ab.

Der alarmierende Personalnotstand in Berlin sei dadurch nicht zu beheben. Im Gegenteil erwartet man beim dbb berlin eher eine weitere Abwanderungswelle. Daher müssten „die Gehälter endlich an das Niveau der beim Bund arbeitenden Kolleginnen und Kollegen angepasst“ und „alle Berliner Lehrer/innen – wie in

der übrigen Republik – verbeamtet werden“, forderte dbb Landeschef Frank Becker. Außerdem müssten grundsätzlich endlich „verfassungsrechtliche Vorgaben bei der Bezahlung“ beachtet werden.

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

Sondierungen: Positive Bewertung für sozialpolitische Eckpunkte

Der GdS Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner bewertet die ersten sozialpolitischen Festlegungen im Sondierungspapier von SPD, Grünen und FDP überwiegend positiv.

„Als GdS begrüßen wir ausdrücklich das Bekenntnis zur gesetzlichen Rente als wichtigste Säule der Alterssicherung. Die Absagen an Rentenkürzungen und eine längere Lebensarbeitszeit sind elementar, um das Vertrauen der Menschen in die gesetzliche Rente langfristig sicherzustellen“, sagte Wagner am 18. Oktober 2021, mahnte aber auch: „Die geplante Aktienrente bietet angesichts der andauernden Niedrigzinsphase sicherlich gewisse Möglichkeiten, Beitragsgelder gewinnbringend zum Wohle der Versicherten anzulegen. Hier gilt es aber, mit größter Sorgfalt vorzugehen und Chancen und Risiken gewissenhaft abzuwägen. Spekulationen mit Beitragsgeldern darf es nicht geben!“

Die konkrete Festlegung der drei möglichen Koalitionspartner, dass die gesetzliche und die

private Kranken- und Pflegeversicherung erhalten bleiben sollen, trifft ebenfalls auf Zustimmung. Wagner: „Die GdS tritt seit jeher für die Beibehaltung des gegliederten Krankenversicherungssystems ein. Entsprechend befürworten wir es, dass SPD, Grüne und FDP die Einheitsversicherung bereits vor der Aufnahme von Koalitionsgesprächen ausschließen und am bewährten Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung festhalten wollen. In der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung stehen wir allerdings vor gewaltigen finanziellen Herausforderungen, denen sich eine neue Bundesregierung stellen muss. In den Koalitionsverhandlungen erwarten wir als GdS, dass ein Plan erarbeitet wird, wie wir die gesetzliche Krankenversicherung – und die gesamte Sozialversicherung – finanziell fit in die nächsten Jahre führen.“

Namen und Nachrichten

Der **dbb** (verhandelt für seine Fachgewerkschaft komba) und ver.di haben vereinbart, die Tarifverhandlungen zu einem Haustarifvertrag für die ServiceDO gGmbH gemeinsam fortzusetzen. In einem Gespräch am 19. Oktober 2021 zwischen dbb, ver.di und der ServiceDO-Geschäftsführung wurde darüber hinaus das weitere Verfahren festgelegt. Aufgrund des anstehenden Wechsels in der Geschäftsführung

sollen die Tarifverhandlungen demnach im Januar 2022 fortgesetzt werden. Der dbb hält weiterhin an der Forderung fest, das Gehaltsniveau der Beschäftigten der ServiceDO gGmbH langfristig an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) anzupassen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die gewerkschaftlichen Kräfte im Sinne der Beschäftigten gebündelt werden.

Termine:

1. und 2. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde

Mehr Informationen unter

www.dbb.de/einkommensrunde

27. und 28. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde

Mehr Informationen unter

www.dbb.de/einkommensrunde
